

Landrat lehnt Teuerungsausgleich ab

Das Budget 2018 und der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 sind auf Kurs

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Landrat hat am Mittwochabend die Beratungen zum Budget 2018 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2018 (AFP 2018–2021) aufgenommen. Mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz bildet das Budget 2018 das erste Jahr des auf vier Jahre angelegten Aufgaben- und Finanzplans. Dabei befindet sich die Vorlage der Regierung auf Kurs. Das heisst, so wie der Anfang der Budgetdebatte gestern Abend verlief, deutet vieles darauf hin, dass Budget und AFP in der vorgesehenen Form genehmigt werden. Dass also der Voranschlag 2018 nach Jahren der Defizite endlich wieder einmal einen kleinen Überschuss aufweisen wird.

Bei einem Ertrag von 2740,3 Millionen und einem Aufwand von 2733,7 Millionen Franken resultiert ein positiver Saldo von 6,6 Millionen Franken. Hätte der Landrat nicht vor zwei Wochen die Bildungsgesetzrevision bezüglich der Klassengrössen durch Nichteintreten vom Tisch gewischt, wäre – wie von der Regierung vorgesehen – ein Überschuss von 7,9 Millionen zu verzeichnen.

Kein Teuerungsausgleich

Zuvor aber hatte vor allem die Frage zu reden gegeben, ob die Staatsangestellten nächstes Jahr einen Teuerungsausgleich erhalten sollten. Diese hatten vor der Debatte in Anspielung darauf, was sie in der jüngeren Vergangenheit aus Spargründen alles eingebüsst haben, amputierte, das heisst einarmige und einäugige Grätimänner verteilt. Die Regierung wollte die ermittelte Teuerung von 0,4 Prozent nicht ausgleichen, und die Personalkommission folgte ihr knapp mit fünf zu vier Stimmen.

Im Rat stellten sich die Bürgerlichen von SVP und FDP geschlossen hinter die Regierung und sprachen sich gegen einen Teuerungsausgleich aus. Die SP dagegen übernahm die Forderung der Angestelltenverbände und beantragte einen Ausgleich von 0,5 Prozent. «Die finanziellen Perspektiven haben sich verbessert», sagte SP-Landrätin Sandra



Waren erfolgreich. Der Landrat ist der Regierung (Bild: Isaac Reber, Anton Lauber und Thomas Weber) gefolgt. Foto Florian Bärtschiger

Strüby. Es reiche jetzt mit Sparen auf dem Buckel des Staatspersonals und der Schwächeren. Die Fraktion der Grünen/EVP suchte den Kompromiss und beantragte einen Ausgleich von 0,3 Prozent. «Der Landrat sollte jetzt ein Zeichen setzen. Eine Verweigerung wäre unfair», sagte Andrea Heger (EVP).



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

Die Diskussion im Rat wurde mit harten Bandagen geführt. Andi Trüssel (SVP) unternahm sogar den (untauglichen) Versuch, die Staatsangestellten unter den Landräten in den Ausstand zu zwingen. Und nicht immer blieben die Voten in den Grenzen des guten Tones. Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) sah sich jedenfalls

gezwungen, die Abgeordneten um Respekt und Anstand zu bitten.

In der anschliessenden Ausmarchung obsiegte zwar der Antrag der Grünen/EVP auf Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 0,3 Prozent gegen die 0,5 Prozent der SP mit 56 gegen 24 Stimmen. Am Schluss aber setzten sich Regierung und Bürgerliche durch. 42 Landrätinnen und Landräte votierten für einen Verzicht auf einen Teuerungsausgleich, 35 für 0,3 Prozent. Finanzdirektor Anton Lauber hatte zuvor die Haltung der Regierung verteidigt. Die finanzielle Situation des Kantons sei zwar besser geworden. «Aber wir haben dadurch die Probleme nicht einfach gelöst», sagte Lauber.

Finanzpolitisches Schaulaufen

Die anschliessende Eintretensdebatte zum Budget und zum Aufgaben- und Finanzplan benutzten die finanz-

politischen Exponenten von rechts und links zur Darlegung ihrer Standpunkte. Während Urs Kaufmann (SP) dazu mahnte, nach Jahren der rigorosen Finanzpolitik sei jetzt wieder etwas mehr Fingerspitzengefühl gefragt, warf Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) der Linken vor, sparen sei für sie schlicht ein Fremdwort. «Wir sind jetzt auf dem richtigen Weg, aber auf diesem gibts noch einige Hindernisse», sagte Ringgenberg.

Die ersten gestern noch behandelten Budget- oder AFP-Postulate wurden entweder abgelehnt oder im Laufe der Diskussion zurückgezogen. Abgelehnt mit 50 gegen 25 wurde insbesondere das Postulat von Kathrin Schweizer (SP) betreffend Anpassung der Verbilligung bei den Krankenkassenprämien.

Der AFP 2018–2021 sieht übrigens nur noch schwarze Zahlen vor. Für das Jahr 2021 gar einen Überschuss von knapp 65 Millionen Franken.

Nachrichten

Polizeiposten Arlesheim Ende Jahr aufgehoben

Arlesheim. Das Konzept «mehr Polizisten auf die Strasse» der Baslerbieter Polizei nimmt konkrete Formen an. Mit Arlesheim wird bereits am 29. Dezember der erste von sechs Polizeiposten geschlossen, die weiteren werden wie geplant am 31. März kommenden Jahres aufgehoben. Die Polizei begründet die vorgezogene Schliessung mit «dem fortschreitenden Reorganisationsprozess und der Notwendigkeit von ersten baulichen Massnahmen». Wer eine Anzeige erstatten will, muss sich künftig an das Anzeigebüro in Reinach an der Landererstrasse 1 wenden.

Birsfelden verzichtet auf lärmarme Strassenbeläge

Birsfelden. Ein Entscheid, der die Gemeinde womöglich teuer zu stehen kommen wird: Die Birsfelder Gemeindeversammlung lehnt es, entgegen der Meinung des Gemeinderats, ab, bei der Sanierung von besonders lärmigen Strassen einen Flüsterbelag einzuführen. Dies, obwohl die Lärmemission-Grenzwerte teilweise überschritten werden – und die Lärmschutzverordnung des Bundes vorschreibt, dass bis Ende März 2018 für alle belasteten Strassen in Sachen Lärmsanierung zumindest Projektierungen vorliegen müssen. Nun drohen Schadenersatzklagen von Anwohnern. Wie die *bz* schreibt, geht der Gemeinderat von Forderungen von bis zu 330 000 Franken aus.

Der Lehrplan 21 dient als Grundlage

Liestal. Der Landrat hat gestern einstimmig eine Änderung des Bildungsgesetzes verabschiedet. Der Lehrplan 21 soll demnach als Grundlage für einen Lehrplan Volksschule Baselland dienen. In der Baslerbieter Version des Lehrplans 21 sollen dabei Unterrichtsziele mit Wissen und Können einschliesslich mit den zu erwerbenden Kompetenzen umschrieben werden, wie die *Volksstimme* schreibt. Stufenlehrpläne sollen zudem Stoffinhalte und Themen enthalten.

Höhere Gebühren erleiden Schiffbruch

Die Anhebung der Vereinsgebühren findet an Muttenzer GV kaum Unterstützung

Von Tobias Gfeller

Muttenz. Die Besucherinnen und Besucher der Budgetgemeindeversammlung in Muttenz waren im Vergleich zu früheren Versammlungen überdurchschnittlich jung. Die Sportvereine hatten kräftig mobilisiert, um die vom Gemeinderat geplante Gebührenerhöhung für die Nutzung von Turnhallen und der Sportanlage Margelacker zu verhindern. Der Gemeinderat wollte die jährlichen Einnahmen aus den Gebühren für Turnhallen von aktuell 27 000 auf 50 000 Franken erhöhen. Mit Gebühren für die Sportanlage Margelacker wollte er neu 20 000 statt wie bis anhin 10 000 Franken einnehmen. Die geplanten Gebührenerhöhungen waren aber an der Gemeindeversammlung erwartungsgemäss chancenlos. Von den insgesamt 360 anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern – das ist für Muttenz eine ausserordentlich hohe Zahl – stimmten nicht einmal zehn Personen für die Gebührenerhöhung.

Der Streichungsantrag kam von Karl Flubacher, Präsident des Turnvereins Muttenz (TVM). «Die Vereine sorgen für ein lebendiges Muttenz. In den meisten Fällen erfolgen die Hunderte von Einsatzstunden pro Woche von Vereinsverantwortlichen, Betreuern und Trainern ehrenamtlich.» Es sei seit Generationen so, dass die Gemeinde die Vereine unterstützt. «Es wäre schön gewesen, hätte der Gemeinderat im Vorhinein mit uns geredet», kritisierte TVM-Präsident Flubacher, der zugleich auch Präsident der Interessengemeinschaft Ortsvereine Muttenz ist. Steigende Gebühren hätten höhere Mitgliederbeiträge bei den Vereinen zur Folge. «Bei gewissen Vereinen wäre wohl die Zukunft ungewiss. Von diesen

würden dann die Gebühren komplett fehlen.»

Auch Hans-Beat Rohr, Präsident des lokalen Fussballvereins SV Muttenz, warnte vor einer Gebührenerhöhung und hob die für Muttenz wichtige Integrationsarbeit der Vereine hervor. «Für solche Bemühungen erhalten Vereine in anderen Gemeinden finanzielle Unterstützung oder können die Infrastruktur kostenlos nutzen. Uns hier in Muttenz sollen die bereits vorhandenen Gebühren sogar noch erhöht werden.» Für den Sportverein wäre die Gebührenerhöhung «ein sehr hoher Beitrag».

Erhöhung ist «eine Sauerei»

Als Gemeindepräsident Peter Vogt (CVP) seine Gemeinderatskollegen fragte, wer auf die Voten der Vereinsverantwortlichen antworten möchte,

schaute die sich zuerst einen Moment lang stillschweigend an. Antwort erhielten sie schliesslich von Franziska Stadelmann (CVP), Vorsteherin des Bereichs Bildung, Kultur und Freizeit. «Die Gebührenerhöhung ist eine der Massnahmen, um die schwierige Finanzlage zu verbessern.» Der Gemeinderat könne die Bedenken der Vereine verstehen, so Stadelmann. «Wir würden die Vereine nicht im Regen stehen lassen, sondern zusammensitzen und das Ganze anschauen.»

Unterstützung erhielten die Vereine von Daniel Schneider (FDP), Mitglied der Gemeindekommission. «Es ist falsch, ich würde sogar sagen: eine Sauerei, dass die Vereine mithelfen müssen, die Finanzlage von Muttenz zu verbessern.» Bevor man die Einnahmen erhöht, müsse bei den Ausgaben gespart werden.

«Erschreckende» Aussichten für Muttenz

Muttenz. Muttenz budgetiert für das kommende Jahr bei einem Gesamtaufwand von rund 84 Millionen Franken einen Verlust von knapp 1,9 Millionen Franken. Damit reihet sich 2018 mit Ausnahme von 2016, als aussergewöhnliche Steuereinnahmen flossen, in verlustreiche vergangene Jahre ein. Der dargelegte Aufgaben- und Finanzplan 2018–2022 zeigt eindrücklich die alarmierende Finanzsituation der Gemeinde. Bis 2022 wird das Fremdkapital auf 126 Millionen Franken anwachsen und das Eigenkapital aufgebraucht sein. Damit entsteht in den kommenden Jahren eine Nettoschuld pro Einwohner. Muttenz ist die mit Abstand am stärksten verschuldete Gemeinde im Kanton Baselland. Für Markus Brunner (SVP), Präsident der

Gemeindekommission, sind die Zahlen «sehr erschreckend». Doris Rutishauser (FDP), Präsidentin der Finanzkommission, erwartet vom Gemeinderat Massnahmen, um den Kurs zu ändern. Im Vergleich zum Budget 2017 rechnet der Gemeinderat bei gleichbleibenden Steuersätzen von 56 Prozent für natürliche Personen für das kommende Jahr mit steigenden Steuereinnahmen. Trotz der schwierigen Finanzlage beantragte Thomas Schaub (CVP) erfolgreich 94 000 Franken für die Überdachung der Veloabstellplätze beim neuen Schulhaus Gründen. Diese strich damals auch aus Kostengründen die für den Neubau zuständige Baukommission aus den Plänen. Schaub sprach auch im Interesse der Eltern und der Lehrerschaft des Schulhauses.

Oberwiler Verwaltung will sich einen zentralen Neubau geben

Gemeindeversammlung soll Projektkredit sprechen

Von Jannette Heidemann

Oberwil. Das Personal der Gemeinde Oberwil möchte ein neues Verwaltungsgebäude haben. Es sei ihnen zu eng, im Winter zu kalt und im Sommer zu heiss. Heute Abend entscheidet die Gemeindeversammlung über den Neubau der Gemeindeverwaltung und einen Landabtausch der Parzelle Hauptstrasse 28 mit der Parzelle Schulstrasse 9. Neben den fehlenden Räumlichkeiten für die Gemeindegemeinschaften für die Gemeindegemeinschaften verursacht der Gemeindebau hohe Energiekosten, wie die Gemeinde schreibt. Das Neubaurvorhaben scheint politisch gute Chancen zu haben: Die Gemeindekommission hat mit zehn zu drei Stimmen grünes Licht für das Projekt gegeben. Selbst skeptische Politiker wie Landrat Pascal Ryf (CVP), der in Oberwil das Überbauprojekt «Eisweiher plus» bodigte, steht diesmal hinter der Idee eines Verwaltungsneubaus.

Derzeit ist die gesamte Gemeindeverwaltung an sechs Standorten verteilt. Die Einwohner müssen deshalb die Ansprechpersonen an verschiedenen Orten aufsuchen. Auch die Mitarbeiter müssen bei abteilungsübergreifenden Aufgaben lange Wege in Kauf nehmen. Zu all dem kommt, dass für die Verwaltungsliegenschaften massive Sanierungsarbeiten wie behindertengerechter Ausbau oder energetische Massnahmen anstehen – viel Geld, das besser in einen Neubau investiert werden könne.

Aus diesen Gründen will der Gemeinderat das Gebäude an der Hauptstrasse 24 abreissen und eine neue Gemeindeverwaltung am selben Standort bauen. Das Hauptziel ist: Alle Verwaltungsbüros, ausser dem Werkhof, sollen zentral in einer Liegenschaft

untergebracht werden. Der Gemeinderat schlägt der Gemeindeversammlung einen Kredit von 450 000 Franken für den Wettbewerb und das Vorprojekt für den Neubau vor, welcher letztlich laut Schätzungen von Gemeindeverwalter André Schmassmann auf «unter zehn Millionen Franken» zu stehen kommt.

Im Zuge der neuen Gemeindeverwaltung empfiehlt der Gemeinderat auch einen Landabtausch der Parzelle Hauptstrasse 28, die im Eigentum der Einwohnergemeinde steht, mit der Parzelle Schulstrasse 9, die der Bürgergemeinde gehört. Die Einwohnergemeinde wie auch die Bürgergemeinde sehen in diesem Abtausch eine Win-win-Situation. Laut der Einladung zur Gemeindeversammlung will die Bürgergemeinde so den Platz vor dem Restaurant Rössli aufwerten.

Neubau ist vernünftig

Ryf sagt: «Es ist schon lange an der Zeit gewesen. Eine neue Gemeindeverwaltung ist notwendig und sehr sinnvoll.» Es sei schwierig, eine Verwaltung zu führen, wenn nicht alle Abteilungen unter einem Dach sind. Ihm sei es ausserdem ein grosses Anliegen, dass bei der Ausweitung der Gemeindeverwaltung der historisch wertvolle und gemeindeeigene Bau an der Hauptstrasse 20, in dem einer der ersten Läden in Oberwil eröffnet hätte, erhalten bliebe.

Auch Paul Hofer, FDP Präsident Baselland, unterstützt das Vorhaben: «Der Neubau stand schon lange im Raum, doch aufgrund des Eisweiher-Projekts konnte man das Bauvorhaben nicht früher angehen.» Es sei durchaus vernünftig, die verschiedenen Abteilungen zentral an einen Ort zu verlegen.